

USA in Lateinamerika

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **44 (1965)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337721>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

tober Gesetzeskraft erlangt hat, eine grundsätzliche Weichenstellung. Der Durchbruch zu modernen Wirtschaftsmethoden kann sich, wie Kossygin wörtlich sagte, nur in den Betrieben selber entscheiden und nicht von oben befohlen werden. Die Erkenntnis, daß die Spitze der Sowjetunion zwölf Jahre nach Stalins Tod gerade im Interesse des Sowjetstaates selber nicht mehr allmächtig sein darf, ist wohl die bisher hoffnungsvollste Begleiterscheinung des Kossygin'schen Wirtschaftsreform.

ROLF REVENTLOW

USA in Lateinamerika

Seit John F. Kennedys Berater in lateinamerikanischen Fragen aus Washington verschwanden und dieses wichtige Teilgebiet der Außenpolitik der Vereinigten Staaten dem alten-neuen Fachmann in diesen Fragen, Thomas C. Mann, anvertraut wurde, hat man in Washington alles Denkbare unternommen, um die an sich in weitesten Kreisen südlich des Río Grande vorherrschende Antipathie gegen den mächtigen Norden zu steigern und damit der gefürchteten kommunistischen Propaganda Wasser auf die Mühlen zu leiten. Das sonderbarste Produkt nordamerikanischer Politik gegenüber dem südlichen Teil des Kontinents ist wohl jener Beschluß des Repräsentantenhauses, in dem klipp und klar gesagt wird, die Vereinigten Staaten müßten, und hätten das Recht dazu, mit Waffengewalt überall eingreifen, wo die kommunistische Gefahr zu einem Notstand führe. Was kommunistische Gefahr ist, wie sie sich darstellt, wann die Möglichkeit einer Machtergreifung in einem der vielen lateinamerikanischen Länder gegeben sei, das wollen die Abgeordneten des Hauses in Washington, meist wohl auf Grund von nachrichtendienstlichen Meldungen, selbst entscheiden. Davon, daß es unter Umständen in Lateinamerika auch noch andere als kommunistische Gefahren für die demokratische Ordnung gibt, so wie sie Nordamerika für sich selbst als selbstverständlich erachten, war nicht die Rede. Selbst eine mit den nordamerikanischen Gewerkschaften so eng verbundene Organisation wie ORIT, die lateinamerikanische Regionalorganisation des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften, sah sich veranlaßt, in einer Verlautbarung des Generalsekretärs Arturo Jaúregui gegen diesen Beschluß Stellung zu nehmen. Er verwies darauf, daß in Lateinamerika keine Regierung die Monroe-Doktrin anerkannt habe, die zumindest in der Konzeption der Mitglieder des Repräsentantenhauses hier gespenstische Urstände feiere.

Allerdings, der fragliche Beschluß bindet die Regierung und das State Department nicht. Doch er zeigt, daß im parlamentarischen Unterbewußtsein in Washington rassistische und politische Überheblichkeitselemente in einem

gefährlichen Ausmaß wirksam sind. Wer sind denn schon diese «Mex», diese Halb- oder Ganzindianer in Peru oder in Paraguay, oder etwa diese Mulatten und Neger in der Dominikanischen Republik? So mutet der Beschluß in seinen emotionellen Konturen an. Und so wird er auch in diesen Ländern verstanden. Kein demokratischer Politiker oder Gewerkschafter in Lateinamerika und niemand in Washington würde einen Beschluß der USA für denkbar halten, daß wenn etwa in Frankreich oder Italien die Möglichkeit einer kommunistischen Regierungsbeteiligung entstände, die Vereinigten Staaten das Recht für sich in Anspruch nehmen würden, mit Waffengewalt einzuschreiten. Also ist dieser skandalöse Beschluß der Ausdruck eines kolonialen Vorherrschaftsanspruchs im kontinentalen Bereich Amerikas, der nicht nur strategisch und politisch, sondern auch hinsichtlich der nationalen und rassischen Persönlichkeit dieser Länder verstanden werden muß.

Bedauerlicherweise gibt es bereits ein Musterbeispiel dieses Denkens in der Praxis: in der Dominikanischen Republik. Über dreißig Jahre wurde dieses unglückliche Land von dem Diktator Trujillo regiert. Die Zahl der Analphabeten stieg in dieser Zeit, und die Vermögenslage der Familie Trujillo verbesserte sich in einem Ausmaß, das nicht einwandfrei zu beziffern ist. Eheliche und uneheliche Nachkömmlinge des Diktators, der sich «Wohltäter» nennen und Monumente zu seinen Lebzeiten setzen ließ, streiten sich vor schweizerischen und spanischen Gerichten um die Millionenerbschaft. Ein baskisch-spanischer Emigrant, Jesús de Galíndez, der die Gewaltherrschaft Trujillos brandmarkte, wurde in Neuyork ermordet, sein Mörder nie gefaßt. Aber einer der Söhne des Diktators beschenkte in den Staaten bekannte Filmstars ungefähr im Gegenwert der «Militärhilfe», die die Vereinigten Staaten dem Vater Diktator zukommen ließen. Als Trujillo einem Attentat zum Opfer fiel, das Regime sich änderte und man den Vorkommnissen der dreißig dunklen Jahre nachging, konnte man feststellen – was zuvor nur geflüstert wurde –, wie wenig die Folterkammer der dominikanischen Polizei in der «La Cuarenta» genannten Polizeikaserne in der Hauptstadt, damals «Ciudad Trujillo» genannt, den schlimmsten Marterstätten der Gestapo nachstand.

Der Übergang von diesem Ausbeutungs- und Terrorregime zu einer demokratischen Ordnung war naturgemäß schwierig und voller Gefahren; nicht kommunistischer, sondern antidemokratischer Gefahren. Das Verschwinden Trujillos und die nachfolgende Ausweisung seiner Familie hatten den alten Machtapparat des Trujillo-Staates, also Polizei und Militär, in seiner alten Zusammensetzung belassen. Wie anderwärts, stellten sich auch hier Polizei und Militär auf den bekannten «Boden der gegebenen Tatsachen». Es wurden personelle Umbesetzungen vorgenommen, doch nicht in einem Ausmaß, das etwa die in Lateinamerika beliebten militärischen Staatsstreiche zu verhindern vermochte. Zuerst ging allerdings alles sehr demokratisch zu. Es bildeten sich

politische Parteien, die im Besitzbürgertum verankerte Bürgervereinigung (Unión Cívica), die die erste provisorische Regierung in Händen hatte, dann die aus einer intellektuellen illegalen Gruppe hervorgegangene «Bewegung des 14. Juni», eine kommunistisch orientierte kleine Partei, die «Dominikanische Volksbewegung» (MPD), und schließlich die Dominikanische Revolutionäre Partei (RD), die in Jahrzehnten im Exil bereits Gestalt gewonnen hatte und von Juan Bosch und Angel Miolán angeführt wurde. Diese Revolutionspartei – Revolution im Sinne demokratischer Neuordnung verstanden – suchte und fand ihr Fundament unter den breiten Volksmassen, vor allem der Landarbeiter und der Arbeitslosen, wie Juan Bosch selbst berichtete¹. Das Wort Klassenkampf ist auf dem europäischen Kontinent sehr unmodern geworden, sogar im Bereich der demokratischen Sozialisten. Aber die Dominikanische Republik ist nicht Westeuropa und nicht den Differenzierungen der sozialen Beziehungen unterworfen, die unser technisiertes Dasein bedingt. Hier steht die große Masse der analphabetischen landlosen Landarbeiter, der ewig Arbeitslosen und der sonstigen Arbeiter auf der einen Seite im krassen Gegensatz zu einer nicht sonderlich zahlreichen Bourgeoisie, von der nur ein kleiner Prozentsatz als politisch liberal zu werten ist, und schließlich zur Armee, einer parasitären Erscheinung der Sozialstruktur dieses Landes, die in ihrer Führung lediglich daran interessiert ist, Privilegien entsprechend auszuwerten, Provisionen für Kanonen oder Flugzeuge zu erheben oder ihre Zollfreiheit an Bedarfsgütern zur lukrativen Nebentätigkeit im Handel zu verwerten. Solche Privilegien abschaffen zu wollen, das war das Verbrechen des Präsidenten Juan Bosch, der nach seiner Rückkehr aus dem ersten Exil bereits das politische Bild des Landes entscheidend veränderte, weil es ihm und seiner stark gewordenen Partei gelang, das Wahlrecht für alle, also auch für die Analphabeten durchzusetzen. Anstelle schöner Manifeste genügten verschiedenfarbige Wahlzettel, damit die große enterbte Masse des Volkes für mehr Demokratie, für Lebensrecht und gegen alle Privilegien stimmen konnte. Es schickte 1962 eine Mehrheit der PRD in den Kongreß und wählte Juan Bosch mit mehr als 60 Prozent der Stimmen zum Präsidenten.

Der Putsch der Militärs gegen die Regierung Bosch vom 25. September 1963 war nichts als ein Aufstand der Privilegierten gegen eine demokratische Regierung. Zuvor hatte – noch lebte Kennedy – das allmächtige Washington Juan Bosch unterstützt, weil schon in der letzten Phase des Trujillo-Regimes der Kurs auf Unterstützung echter demokratischer Kräfte in Lateinamerika stand, jener Kräfte, die man gemeinhin als die «demokratische Linke» be-

¹ Juan Bosch: «La Crisis de la Democracia de América en la Republica Dominicana» (Die Krise der amerikanischen Demokratie in der Dominikanischen Republik), Mexiko 1965; veröffentlicht vom «Centeo de Estudios y Documentación Sociales.

zeichnet. Aber mit dem tragischen Tod Kennedys wurde ein neuer – alter Kurs eingeschlagen, der zu Beginn dieses Jahrhunderts unrühmlich als die «Politik des großen Knüppels» südlich des Río Grande bekannt wurde. Der Aufstand des Obersten Caamaño wurde von ihm und seinen Parteigängern als eine Bewegung der Verfassungsparteiler (constitucionalistas) genannt. Das Ziel war, die von der Militärjunta suspendierte demokratische Verfassung wieder in Kraft zu setzen und Juan Bosch als Präsident zurückzurufen. Juan Bosch aber konnte gar nicht kommen. Er war im amerikanischen Puerto Rico zwar nicht gefangengehalten. Er wurde nur daran gehindert, in seine Heimat zurückzukehren. Und dann kamen die Yankees nach Santo Domingo. Zuerst hieß es, das Leben nordamerikanischer Bürger müsse geschützt werden. Dann kam die andere Version von den Kommunisten, die da mit dem Dolch im Gewande gegen die Demokratie konspirierten, und schließlich, als man in Washington wohl einsah, welche nachrichtendienstlichen Falschbewertungen man aufgesessen war, versuchte man, die Organisation amerikanischer Staaten mit einzuspannen. Das Echo in Lateinamerika war sehr unfreundlich. Die tatsächlich demokratisch regierten Staaten, wie Venezuela, Chile, Mexiko und Uruguay, lehnten rundweg ab, sich nun nachträglich als Kulisse für die Aktion Washingtons verwenden zu lassen. Wenn man von einigen Polizisten von Costa Rica, dem kleinen Musterländchen in Mittelamerika, absieht, beteiligten sich in erster Linie Staaten, deren Aktivlegitimation für demokratische Ordnung recht problematisch erscheinen: Paraguay beispielsweise und Brasilien, wo man unter antikommunistischen Vorwänden nun auch zur Liquidierung des demokratischen politischen Lebens gelangt ist. Ist es da verwunderlich, daß der Druck, den – aber eben erst nach den vorherigen Mißgriffen – die Regierung Johnson nunmehr in Santo Domingo ausübte, um die reaktionäre Generalsclique um den famosen General Wessin y Wessin auszuschalten, nur halbe Resultate zeitigte? Oberst Caamaño war und ist heute noch der Ansicht, daß er ohne nordamerikanische Intervention die demokratische Verfassung wiederhergestellt und Juan Bosch sein demokratisch erlangtes Amt erneut ausgeübt hätte.

Nun wurde ein Kompromiß gesucht und unter der Leitung von García Godoy als provisorischem Präsidenten zu verwirklichen versucht. Einige Persönlichkeiten aus der Generalsclique wurden eliminiert. Aber die Gegensätze bestehen weiter, und der Machtapparat des Staates ist nach wie vor von mehr als zweifelhafter Beschaffenheit. Ist es da ein Wunder, daß die kommunistische MPD und die jungen Aktivisten vom «14. Juni» an Boden gewinnen oder zumindest für die Anwendung von Gewalt gegen Gewalt leicht Gehör finden? Juan Bosch konnte schließlich in seine Heimat zurückkehren. Es wurde ihm übelgenommen, daß er in scharfen Erklärungen Schadenersatz für die militärische Intervention in seiner Heimat verlangte. Ob ein Zusammenhang zwi-

schen dem unsinnigen Beschluß des US-Repräsentantenhauses und diesem Auftreten von Juan Bosch besteht, kann ohne weiteres nicht festgestellt werden. Aber die öde Kommunistenhetze, die schon während seiner Wahlkampagne 1962 in der Dominikanischen Republik eine Rolle spielte, beginnt nun aufs neue. Sicherlich hat es seinerzeit in den Staaten seinerzeit einen Schock ausgelöst, daß der Freiheitskämpfer gegen den Diktator Batista namens Fidel Castro sich als Neukommunist herausstellte und die KP auf Kuba, wo sie immerhin eine alte Parteigeschichte hatte, die Macht ergreifen konnte, was indirekt den Machtbereich der Sowjets bis nahe an die amerikanische Küste brachte. Doch diese Entwicklung sollte analysiert und nicht mit der Ausschaltung ernsthafter politischer Überlegungen beantwortet werden. Dabei geht es aber nicht ohne eine geistlose Hetze ab. Da erschien beispielsweise in Neuyork ein Buch des Rechtsanwalts Peter Nehemkis, ein Buch, das den aufklärenden Titel führte: «Lateinamerika, Mythos und Wirklichkeit.» Von Juan Bosch wurde in diesem Buch eine Reihe abstruser Dinge behauptet, die dieser bereits im einzelnen richtigstellte. Unter anderem steht in dem Buch zu lesen, Bosch habe einen Sohn namens . . . Leo Trotzki gehabt.

Und noch immer stehen die Truppen der Vereinigten Staaten, Paraguays, Brasiliens und einiger anderer Staaten in der Dominikanischen Republik. Sie werden von einem brasilianischen General befehligt, damit der Anschein einer interamerikanischen Aktion gewahrt bleibt. Aber die Bevölkerung empfindet sie als Besatzungstruppen und als die Retter der militärischen, mittlerweile abgetakelten, Militärjunta. Es kann wahrlich nicht wundernehmen, wenn kommunistische Propaganda in Santo Domingo und anderwärts in Lateinamerika diese Vorgänge zur üblichen Kampagne gegen den «Imperialismus» benutzen.

Die Tatsache, daß das State Department den antidemokratischen Staatsstreich des Generals Castello Branco sehr frostig aufgenommen hat, verbessert dieses trübe Bild politischer Fehlleistungen nicht sonderlich. Alle Welt erinnert sich in Lateinamerika, wie der erste Gewaltstreich der brasilianischen Militärs die Absetzung des Präsidenten Joa Goulard, auch unter antikommunistischen Vorwänden, im Norden des Kontinents als eine Art Befreiungstat begrüßt und lebhaft unterstützt wurde. Nun ist Goulard kein Juan Bosch. Zweifellos wäre er unter Umständen bereit gewesen, mit den Kommunisten, ein bedeutender Posten im brasilianischen Kräftespiel, irgendwie einig zu werden. Er wird als Demagoge bezeichnet. Seine Politik hatte wohl manche Züge, die dies zu bestätigen schienen. Aber wenn jede Gewaltmaßnahme von innen oder von außen gerechtfertigt wird, weil irgendwo Kommunisten auftauchen, dann ist der Kampf der demokratischen Linken um eine Demokratisierung Lateinamerikas vergebliches Bemühen. Wenn Demokraten nicht Demokraten unterstützen, dann ist es um die Demokratie geschehen. Und hier

liegt der Hintergrund rassistischer Vorurteile des Beschlusses der Repräsentantenkammer; Demokratie bei uns ist selbstverständlich, aber zu was brauchen die Indios oder die dominikanischen Mulatten Demokratie? Das wurde nicht ausgesprochen, aber vermutlich gedacht.

Die Tatsache, daß die Verhandlungen zwischen dem Kleinstaat Panama und den Vereinigten Staaten nun offenbar doch in Fluß kommen, erhellt dieses trübe politische Bild ein wenig. Es scheint langsam die Einsicht zu dämmern, daß es doch kaum möglich ist, den Anfang dieses Jahrhunderts geschaffenen Zustand zu verewigen, daß ein souveränes, wenn auch kleines und unterentwickeltes, Land nicht auf 14 Kilometer quer durch sein Territorium in seinen Hoheitsrechten ausgeschaltet ist und seine Bürger dort nach den Gesetzen des Staates Kalifornien behandelt werden. Es soll nun ein neuer Vertrag geschaffen werden, der denjenigen von 1903 ablöst und Panama das Recht der Mitverwaltung der Kanalzone sowie einen größeren Anteil an den Erträgen der Kanalschifffahrt einräumt.

JAKOB BERCHTOLD

Zur «Schule von morgen»

Mit großem Interesse habe ich in der letzten Oktobernummer der «Roten Revue» den Artikel von Hansueli Wintsch gelesen. Ich gehe mit den meisten Gedanken dieser Ausführungen vollkommen einig.

Auf die Forderung, daß die «Schule von morgen» eine Schule ohne Prüfungen sein sollte, möchte ich hingegen auf Grund meiner Erfahrungen als Sekundarlehrer folgendes entgegenen. Ich bin mir dabei bewußt, daß Hansueli Wintsch mit Absicht extrem formuliert hat, um uns Lehrer zu einer Entscheidung herauszufordern.

Ich meine, daß es nicht vor allem die Prüfungen sind, die einem mittelmäßig begabten Schüler die Schule verleiden. Ich habe meine Sekundarschüler eingehend über dieses Problem diskutieren lassen, und zwar ohne ihnen meine Stellungnahme bekanntzugeben. Die meisten erklärten eindeutig, daß sie nur Angst vor Übertrittsprüfungen hätten, vor Klausuren jedoch nicht, wenn sie genügend darauf vorbereitet seien. Aber da liege eben der Has im Pfeffer, man bereite sich daheim nicht immer so vor, wie es eigentlich Pflicht wäre. Einige entgegneten, daß sie in den Klausuren weniger leisteten, als ihnen unter normalen Umständen zumutbar sei. Meine Schüler betrachten die Prüfungen als Abwechslung im Unterricht, vorausgesetzt, daß diese nicht zu selten durchgeführt werden. Die Schüler fordern, daß die Verarbeitung des behandelten Stoffes häufig zu prüfen sei, damit ein einzelnes Versagen nicht zu sehr ins Gewicht falle. Die Klausuren unterbrechen also in angenehmer